

Inhalt

I. Beihilfefähigkeit von Aufwendungen	1
1. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen von Beihilfeberechtigten, die im Basistarif versichert sind	1
2. Weitere Reform der Pflegeversicherung	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
III. Beamtenblog	2

I. Beihilfefähigkeit von Aufwendungen

von Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

1. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen von Beihilfeberechtigten, die im Basistarif versichert sind

Der Bundesgesetzgeber hat seit 2000 im Rahmen mehrerer Gesetzesänderungen die privaten Krankenversicherungsunternehmen verpflichtet, eine Versicherung zunächst im sog. Standardtarif, heute im sog. Basistarif anzubieten. Ziel dieser Maßnahme war bzw. ist die Begrenzung der Belastung mit Beiträgen, insbesondere für Personen in fortgeschrittenem Alter.

Standard- bzw. Basistarif sind einerseits gekennzeichnet durch eine Begrenzung des Leistungskatalogs auf dem Standard der gesetzlichen Krankenversicherung, andererseits durch eine Begrenzung der Liquidationsmöglichkeiten von Ärzten und Zahnärzten: So dürfen Gebühren für Leistungen nach dem Leistungsverzeichnis der Gebührenordnung für Ärzte bei Versicherten im Basistarif je nach Behandlungsart maximal mit dem 1,2 fachen Satz und Gebühren für Leistungen nach dem Leistungsverzeichnis der Gebührenordnung für Zahnärzte maximal mit dem 2,0 fachen Satz liquidiert werden. Dieser eingeschränkte Gebührenrahmen wurde bislang im Rahmen der Beihilfefestsetzung auch bei der Bewertung der Angemessenheit berücksichtigt.

Nach einer Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts hat dieses am 17. April 2014 im Fall von Beihilfeberechtigten des Bundes bzw. des Landes Berlin entschieden, dass eine Begrenzung des Anspruchs auf Gewährung von Beihilfe für Versicherte im Basistarif auf der Basis der o.g. Sätze u.a. gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz verstößt (BVerwG 5 C 16.13; BVerwG 5 C 40.13). Die Urteilsbegründung liegt derzeit noch nicht vor.

Zur Vermeidung gleichartiger gerichtlicher Entscheidungen hat das Bundesministerium des Innern empfohlen anhängige Verfahren ruhend zu stellen (Schreiben vom 23. April 2014, D 6 – 30111/92). Auch die Länder haben z. T. ähnliche Regelungen erlassen.

Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.184 Seiten
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.

2. Weitere Reform der Pflegeversicherung

In der Ausgabe des Newsletters vom Mai wurde bzgl. der nächsten Reform des Pflegeversicherungsrechts (SGB XI) auf ein geplantes zweistufiges Verfahren hingewiesen (Erprobung eines geplanten neuen Pflegebegriffs sowie Verbesserungen der Leistungen bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses überarbeiteten Pflegebegriffs).

Der Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Leistungsausweitung für Pflegebedürftige, Pflegevorsorgefonds (Fünftes SGB XI-Änderungsgesetz – 5.SGB XI-ÄndG) wurde zwischenzeitlich in das parlamentarische Verfahren eingebracht (Bundesrats-Drucksache 223/14 vom 30. Mai 2014)

Ziele dieser ersten Stufe sind die

- Flexibilisierung der Inanspruchnahme insbesondere von Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Tages- und Nachtpflege,
- Stärkung neuer ambulanter Wohnformen, auch für Angehörige der Pflegestufe 0,
- Erhöhung der Euro-Beträge der Sach- und Geldleistungen der Pflegeversicherung (Anpassung an die Preisentwicklung),
- Anhebung des Beitragssatzes zum 1. Januar 2015 um 0,3 Beitragssatzpunkte und
- Bildung eines Vorsorgefonds.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Öffentlicher Dienst: Millionen Beschäftigte gehen in Ruhestand](#)

News: [dbb bundesseniorenvertretung fordert Mütterrente für alle Mütter](#)

Rechtsprechung:
[Überleitungsregelungen im Besoldungsrecht sind rechtmäßig](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Provokante Tätowierungen – Keine Ernennung zum Beamten](#)

[Gesundheitliche Eignung – neue Maßstäbe des BVerwG](#)

[ver.di-Funktionär als Hundehalter – schlechtes Vorbild für Beamte](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW, einschließlich Vorschriftensammlung

Kommentar



10.982 Seiten

Loseblattwerk in 6 Ordnern

€ 199,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[Mehr Info\]](#)

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.